

Anselm Doering-Manteuffel

Langfristige Ursprünge und dauerhafte Auswirkungen

Zur historischen Einordnung der siebziger Jahre

Wohl keines der Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war derart stark von widerstreitenden Entwicklungen gekennzeichnet wie die siebziger Jahre. Sprach man nach dem Krieg in Deutschland von Stunde Null und Neubeginn, in den fünfziger Jahren dann von Wiederaufbau, in den Sechzigern von Reform und Emanzipation, so löste sich im Verlauf der siebziger Jahre die scheinbare Eindeutigkeit der Zuordnungen auf. Politikwissenschaftler und Historiker nahmen alsbald Zuflucht zum inhaltsleeren Begriff der Krise, als hätte es Krisen zuvor nicht gegeben und als sei man in der Lage, exakt bestimmen zu können, was eine »Krise« denn konkret ausmache.¹ Heute sprechen wir mit guten Gründen von der »Strukturkrise« der siebziger Jahre, wie es auch einige Beiträge dieses Buchs tun. Aus dem Abstand von mehr als drei Jahrzehnten kommt die zeit-historische Urteilsbildung langsam in die Lage, empirisch herauszuarbeiten, was denn in jenem Jahrzehnt das Gefühl von Krise und den objektiven Sachverhalt einer »Strukturkrise als zeithistorische Zäsur« erzeugt hat.²

Im zeitgenössischen Begriff der Krise kam Ratlosigkeit zum Ausdruck. Das galt sowohl für die sozialwissenschaftliche Diagnostik als auch für die öffentliche Meinung, weil es zunächst gar nicht möglich war, den plötzlichen Umschwung von Wachstum, Planungssicherheit und Fortschrittsgewissheit in Stagnation und Unsicherheit zu begreifen. Im Kern aber brachte das Reden von der Krise vorerst nur eines zum Ausdruck. Die Entwicklung der Nachkriegszeit mit dem wirtschaftlichen Aufschwung im stabilen Gefüge des Ost-West-Konflikts war – so empfanden es die Zeitgenossen – ins Stocken geraten, und es musste nun darum gehen, die Stockung zu überwinden und in die alte Bahn des gesicherten, verbürgten Fortschritts zurückzufinden. Diesen Fortschritt dachten die Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik noch überwiegend im gewohnten Rahmen der ökonomischen und sozialen Struktur des nationalen Staats der Nachkriegs-epoche. Ohne dass es die Beobachter um 1975 bereits klar benennen konnten, begann sich aber die Struktur seit etwa 1970 zu verändern, und dieses Geschehen erwies sich als unumkehrbar. Im Begriff der Krise schwang deshalb nostalgische Rückwendung mit, dergestalt dass die bisherige Entwicklung als Norm gelten sollte und die Rückkehr zur Norm das Gebot der Stunde sei. Aus solcher Rückwendung konnte im Lauf der Jahre eine starre Rückwärtsgewandtheit entstehen, die dann dazu beitrug, dass sich die Bereitschaft nur schwach ausbildete, den allmählich immer schnelleren, immer tiefer wirkenden Wandel wirklich als

Strukturbruch wahrzunehmen.³ Denn dies bedeutete, dass es ein Zurück zu den Zuständen davor nicht geben konnte. Als der Wohlstand des Wirtschaftsbooms der Nachkriegszeit um 1970 in der Breite der europäischen Gesellschaften angekommen war, zeigten sich mit dem Ende von Bretton Woods⁴ im August 1971 erste Risse im Fundament, und die Ölkrise von 1973, die in der Erinnerung der Zeitgenossen den Einschnitt am sinnfälligsten markierte, war bereits eine Funktion des Geschehens.

Aus der Rückschau von mehr als dreißig Jahren ist nunmehr leichter zu erkennen, dass die siebziger Jahre eine Zeit waren, in der die Epoche der traditionellen Montanindustrie und fordistischen Massenproduktion zu Ende ging und neue Formen des Wirtschaftens, neue technische Entwicklungen, gesellschaftlicher Wandel und Veränderungen in den internationalen Beziehungen an die Stelle traten. Vieles kam übereinander, war gegenseitig bedingt oder verstärkte sich wechselseitig. Deshalb sei als These formuliert, dass die »Strukturkrise« der siebziger Jahre, von der wir in diesem Band sprechen, den Beginn eines Umbruchs von revolutionärer Qualität bildete. Die Industriegesellschaft des gewohnten Typs der maschinell-manuellen Produktion veränderte sich binnen zweieinhalb Jahrzehnten zur »Netzwerkgesellschaft« in einem veränderten Industriesystem, in dem die ökonomischen, sozialen und politischen Muster des strukturellen Ancien Régime nicht mehr galten.⁵ Neue technische Möglichkeiten veränderten zunächst die industrielle Produktion, wo das möglich war – zum Beispiel in der Automobilindustrie –, und es entstanden neue Bedingungen, unter denen Unternehmen und Arbeitskräfte zu handeln hatten. Die Welt der traditionellen Industriegesellschaft, wie sie international in den euroatlantischen Ländern seit den 1890er Jahren bestand, ging ihrem Ende entgegen. Seit etwa 1980 wurden die Anfänge einer anderen industriellen Welt sichtbar, die gesellschaftliche Veränderungen und ungewohnte Anforderungen an die Politik mit sich brachten. Das war die Welt »nach dem Boom«.⁶

Die achtziger Jahre waren zuerst in Großbritannien ein Jahrzehnt der radikalen Abkehr von den sozialökonomischen Bedingungen im Nachkriegsboom, bevor die westeuropäischen Länder auf dem Kontinent folgten. Zur selben Zeit sahen sich auch die Ostblockländer vor das Erfordernis des Strukturwandels gewiesen und waren gleichwohl nicht in der Lage, ihn auch zu meistern. Unter dem Druck von innergesellschaftlichem Protest, Produktivitätsschwäche erneuerungsbedürftiger Industrien, wirtschaftlichem Bankrott des Gemeinwesens und politischer Perspektivlosigkeit versteinertes Staats- und Parteiführungen kollabierten die Bruderländer der Sowjetunion am Ende des Jahrzehnts, nachdem es in der UdSSR seit 1985 nicht mehr gelang, das Ruder herumzuwerfen. Die Ölkrise von 1973 im Westen und die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986 im Osten mag man vorerst als die markanten Eckdaten des Strukturbruchs betrachten, den die Geschichtswissenschaft in der Zukunft zu analysieren hat. Der politische Zusammenbruch des Ostblocks war jedenfalls eine Folge des Geschehens, nicht sein Auslöser. Seit Mitte der neunziger Jahre hatte der revolutionäre Umbruch die Industrieländer des Westens und Ostens insgesamt erfasst. Seine Anfänge liegen in den Jahren von 1971/73 bis 1979/80.

In den siebziger Jahren überlagerten sich Entwicklungen aus der Zeit des Wiederaufbaus nach dem Krieg mit neuen Tendenzen, die in krassem Widerspruch dazu standen und den Strukturbruch bereits ankündigten. Diese Überlagerung des Widersprüchlichen konnte von den Zeitgenossen nicht wahrgenommen werden und bildet heute die Herausforderung an die Historiker. Sie ergänzte sich zudem mit sozialkulturellen Veränderungen, die – damals als »Wertewandel« bezeichnet⁷ – von heute aus betrachtet die siebziger Jahre als den Übergang zur Gegenwart erscheinen lassen. Im Folgenden soll versucht werden, zum einen solch *widersprüchliche Entwicklungen* zu verdeutlichen (1.) und zum andern *neue Tendenzen* sichtbar zu machen (2.), um abschließend die Frage zu diskutieren (3.), ob die siebziger Jahre als ein Jahrzehnt besonders dynamischen Wandels im Kontinuum der Geschichte seit 1945 bis zur Gegenwart aufzufassen sind, oder ob es sich hier um eine Zäsur, einen Strukturbruch handelt, welcher eine historische Epoche beendete und in eine neue, andere überleitete.

1. Widersprüchliche Entwicklungen

Sehen wir zuerst auf die widersprüchlichen Entwicklungen, auf das Zusammenspiel von Mentalitätenprägung und Strukturwandel, das für die westeuropäischen Gesellschaften des früheren EWG-Raums, für das »Europa der Sechs«, besonders charakteristisch war. In diesen Ländern – Benelux, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland und Italien – hatten die Einflüsse des Wirtschaftsaufschwungs seit der Blockbildung 1947/48 ziemlich gleichartig gewirkt, weil der ursprüngliche Impuls zur Ordnung des Zusammenhangs von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft von den Vereinigten Staaten gegeben und mit dem Medium des Marshallplans nach Europa transferiert worden war.⁸

In dem sich seit 1948 entfaltenden Marshallplan-Europa galten die Ordnungsprinzipien der USA in dem Sinne, dass parlamentarische Demokratie, Marktwirtschaft und ein liberaler Konsens in der Organisation der Arbeitsbeziehungen gelten sollten. Demokratie, Kapitalismus und Konsens lösten die europäischen Gesellschaften – zumal die deutsche und die französische – aus ihrer sozialkulturellen Tradition heraus, in der ein tiefgreifender, klassengesellschaftlich begründeter Gegensatz zwischen Marktwirtschaft und Planwirtschaft innerhalb des politischen Systems der Demokratie noch bis in die dreißiger Jahre bestanden hatte. Bürgerliches Lager und sozialistisches Lager standen sich in programmatisch unüberbrückbarer Gegnerschaft hinsichtlich der Ordnung der Wirtschaft gegenüber. Im Zuge der westeuropäischen Integration auf der Grundlage des Marshallplans und amerikanischer sicherheitspolitischer Dominanz wurde dieser Gegensatz im Verlauf der fünfziger Jahre in Frage gestellt. Die ideologische Tradition, zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse eine Kluft zu postulieren, die nur dann eingegeben würde, wenn die eine »Klasse« die andere politisch dominieren konnte, löste sich bis zum Anfang der sechziger Jahre auf. Der Wirtschaftsaufschwung im Nachkriegsboom erzeugte den materiellen Druck.⁹ Die sozialökonomische Programmatik des amerikanischen, aus

der Ära des New Deal stammenden Postulats des Konsenskapitalismus,¹⁰ die im Zuge der Westernisierung Westeuropas und Westdeutschlands zur Geltung gebracht wurde, brachte den ideellen Druck.¹¹ Dieser erzeugte eine politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung, die in den beteiligten Ländern ungefähr gleichartig, auf jeden Fall aber politisch und ökonomisch kompatibel sein sollte.¹² Der Westernisierungs-Einfluss und die Spannungen des Kalten Krieges lenkten den Druck dahin, die europäischen Sozialisten und Sozialdemokraten gegen den Kommunismus zu immunisieren und sie in ihrer Einbindung in die westliche Ordnung zu stärken.

Das Angebot des Konsenses anstelle des Klassenkampfgedankens schloss in sich, dass im marktwirtschaftlichen Wiederaufbau der fünfziger Jahre Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu gleichberechtigten Partnern beim Aushandeln der Arbeitsbedingungen wurden und die nationale Regierung ihrerseits die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen fiskalpolitisch gewährleistete. In der Bundesrepublik bildeten das Godesberger Programm der SPD und das Düsseldorfer Reformprogramm des DGB der Jahre 1959 und 1963 den Durchbruch der konsensliberalen Ordnungsidee, die Große Koalition von 1966 bis 1969 handelte nach diesem politischen Konzept.¹³ Damit entstand die Grundlage der weiteren Entwicklung in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren, als der Wirtschaftsaufschwung in der Breite der Bevölkerung angekommen war und die Konsumgesellschaft ihre Konturen ausbildete.¹⁴

1967 bereits nahm der Protest der Neuen Linken und der Studentenbewegung den »Konsumenten« und das »Establishment« ins Visier und griff das System des »liberalen Konsenses« frontal an. Denn mit »Establishment« bezeichnete sie die Trägergruppen der sozialökonomischen und sozialkulturellen Verhältnisse als eine im »Konsens« konturlos gewordene Einheit – Unternehmer, Parlamentarier, Minister und Gewerkschaftsfunktionäre gleichermaßen wie Eltern, Lehrer, Pfarrer, Professoren. Den Verhaltensstil der Konsum- und Wohlstandsgesellschaft erfasste sie kritisch mit ihrer Distanzierung vom Konsum. Die Studentenbewegung hielt der Gesellschaft des Nachkriegsbooms den Spiegel vor und ließ erkennen, dass Wohlstand und Konsum im US-amerikanisch geprägten Westdeutschland und Westeuropa den Habitus »der Gesellschaft« prägten. Das mag ideologisch übertrieben und einseitig überzeichnet gewesen sein, aber es erfasste einen bestimmten Sachverhalt genau, der neu war. Er wurde prägend für das Jahrzehnt des historischen Widerspruchs ab 1970 und die Entwicklung danach.¹⁵

Erst an der Schwelle zu den siebziger Jahren war der Wohlstand, den der Nachkriegsboom seit 1948 hervorgebracht hatte, so stabil geworden, dass er die Mentalität der Politik zu beeinflussen begann. Die Bonner Große Koalition, in der bürgerliche Christdemokraten und der Arbeiterbewegung verhaftete Sozialdemokraten gemeinsam Politik machten, fußte auf einigen Grundüberzeugungen aus dem Arsenal des New Deal-Liberalismus und der keynesianischen Wirtschaftstheorie, wenn sie davon ausging, dass ökonomische Stabilität machbar sei, der Fortschritt dauerhaft gewährleistet und das Wachstum der Wirtschaft als politisch planbar angesehen werden könne.¹⁶ Die Große Koalition setzte einen

strukturpolitischen Wandel in Gang, der sich dann in der sozialliberalen Koalition der Regierung Brandt/Scheel ab 1969 zum Politikkonzept verdichtete, wonach der Staat parallel zur steuernden Wirtschafts- und Stabilitätspolitik auch eine aktive Sozialpolitik verfolgen müsse. Hans Günter Hockerts hat das auf den Begriff gebracht, hier werde nun Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik konzipiert und praktiziert.¹⁷ Damit bezeichnete er exakt jenes mentalitätsspezifische Phänomen, das die »68er« mit ihrer Kritik an »Establishment« und Konsumententum anprangerten.

Im Nachkriegsboom waren zum einen die Ansprüche der Bevölkerung gewachsen, von dem hart erarbeiteten Wohlstand zu profitieren. Zum andern hatte die seit 1964 geführte öffentliche Diskussion über die Reform des Bildungswesens und über die Notwendigkeit, die Konkurrenzfähigkeit der Gesellschaft im internationalen Industriesystem zu sichern, das Bewusstsein geschärft, dass der Staat die Modernisierung der Gesellschaft vorantreiben müsse.¹⁸ Zum Dritten hatte sich auch in der Politik die Auffassung durchgesetzt, dass nach zwei Jahrzehnten des Wirtschaftsaufschwungs ein Zustand dauerhafter ökonomischer Stabilität und ein beträchtlicher finanzieller Handlungsspielraum erreicht worden sei. So setzte im Übergang von der Großen zur sozialliberalen Koalition eine Politik ein, die dem Staat die Aufgabe zuwies, der Gesellschaft staatliche Leistungen zukommen zu lassen. Die traditionelle Sozialpolitik hatte nichts anderes getan, als bei Unfall, Krankheit, Invalidität und Alter den Einkommensverlust abzusichern. Die neue Gesellschaftspolitik sprach der Gesellschaft einen Anspruch auf Leistungen zu und vereinnahmte darüber zugleich die Gestaltung der Zukunft als Aufgabe des Staats. Bildungspolitik, Raumordnung und Städtebau, Energie und Umwelt wurden jetzt staatlich geplant und an die finanzielle Leistungsfähigkeit des Staats gebunden. Das war von der Idee staatlicher fiskalpolitischer Rahmenplanung inspiriert, welche die Große Koalition besonders markant vertreten hatte, aber es war zugleich Ausdruck jener neuen Mentalität der Wohlstands- und Konsumgesellschaft, dass jetzt und in Zukunft genügend Kapital zur Verfügung stand, um großzügig den privaten und öffentlichen Fortschritt zu organisieren.¹⁹

Die Gesellschaftspolitik seit der sozialliberalen Koalition war eine Politik der staatlichen Leistungspflicht. Den Fortschritt des Gemeinwesens planten die Regierungen in Bund und Ländern, die Kosten übernahm die öffentliche Hand, und der Bürger hatte einen Anspruch darauf, ebenso wie die gesamte Gesellschaft den Anspruch auf gesicherten Wohlstand und Konsum zu haben meinte. Diese Auffassung begann sich um 1970 zu verfestigen. Sie prägte die Mentalität der Menschen seit den siebziger Jahren und bestimmte deren Erwartungen und Handeln für die nächsten Jahrzehnte. Die Mentalitätenprägung erfolgte gerade dann, als die strukturellen Grundlagen für das Gefühl von Sicherheit und Stabilität, das der Nachkriegsboom ermöglicht hatte, wegzubrechen begannen. Das gibt den Blick frei auf den markanten historischen Widerspruch, der die siebziger Jahre charakterisierte.²⁰

Just zu der Zeit, als die wirtschaftliche Expansion und der Wohlstand massenwirksam geworden waren, begannen sich die wirtschaftlichen Rahmenbe-

dingungen zu ändern.²¹ Der Nachkriegsboom ging zwischen 1971 und 1975 zu Ende, und damit löste sich das materielle Fundament auf, welches von den Regierungen seit 1965 als dauerhaft, stabil und berechenbar eingeschätzt worden war.²² Es begann ein mühevoller Strukturwandel, den wir am eindrucklichsten aus den westeuropäischen Montanrevieren kennen und der vergleichsweise früh in Mittelengland eingesetzt hatte. Jetzt erfasste er die Schwerindustrie in Lothringen, Belgien und Luxemburg sowie im Ruhrgebiet.²³ Da sich in den westlichen Industrieländern inflationäre Tendenzen bemerkbar machten, wurden um 1970 Maßnahmen zur Rationalisierung industrieller Produktion ergriffen, die zum Abbau von Arbeitsplätzen führten. Das betraf in erster Linie Industriebranchen des traditionellen Typs, wo mit einer großen Zahl an Arbeitskräften nach dem fordistischen Modell maschinell-manuell produziert wurde. Die Textilindustrie bildet ein besonders markantes Beispiel, weil sie fast vollständig verschwand, doch am eindrucklichsten ist der Niedergang im Bergbau und im Schiffsbau in Erinnerung geblieben, weil mit diesen Branchen nicht nur Wirtschaftszweige, sondern auch Arbeitermilieus abstarben und regionale Lebenswelten des Industriezeitalters, das im Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert begonnen hatte, aufhörten zu existieren.²⁴ Werften, Zechen, Webereien und Spinnereien zeigten die industrielle Welt seit 1900, die – immer wieder technisch modernisiert – die Industriekultur in Europa geprägt hatten. Sie hatten einen hohen Bedarf an Arbeitskräften, von denen ein großer Teil ungelernt oder angelernt dennoch ein Arbeitsleben lang sein Auskommen fand. Der Wandel in der Wirtschaftsstruktur führte dazu, dass diese Menschen nicht mehr gebraucht wurden. Als die Betriebe der industriellen Handarbeit zusammenbrachen, fanden sie keinen angemessenen Ersatz auf dem Arbeitsmarkt. Arbeitslosigkeit wurde rasch zum Massenphänomen und erwies sich als nahezu unüberwindbar.²⁵

Wer um die Mitte der siebziger Jahre in die Arbeitslosigkeit geriet, war gleichwohl bis dahin am Aufschwung im Nachkriegsboom beteiligt gewesen, hatte seinen Teil zum Wiederaufbau beigetragen und Zug um Zug einen bescheidenen Wohlstand erworben. Im Aufblühen der Konsumgesellschaft waren die Standardartikel des Massenkonsums – Kühlschrank, Waschmaschine, Fernseher, Auto – verfügbar geworden. Wo nun die finanziellen Voraussetzungen infolge von Entlassung und Dauerarbeitslosigkeit wegfielen, gerieten viele Menschen in die Schuldenfalle, denn der Konsum wurde im Verlauf der siebziger Jahre zu einer soziokulturellen Norm – zur »Ersatzbefriedigung«, wie die 68er sagten – und erwies sich nahezu unverzichtbar. Das Hineinrutschen von Dauerarbeitslosen in die Privatverschuldung ist ein besonders markantes Beispiel für die Überlagerung der widersprüchlichen Zeittrends – Konsummentalität als soziokulturelle Norm, Rückgang des privaten Einkommens durch Strukturbruch im Industriesystem.²⁶ Aber dieses Beispiel spiegelt nur dann die Wirklichkeit angemessen wider, wenn es in direktem Zusammenhang mit der identischen Mentalitätsprägung auf der Ebene der Regierungen und der Parteipolitik gesehen wird. Denn die Politik, die sich eben erst mit dem Übergang von der Sozial- zur Gesellschaftspolitik eine Leistungspflicht in den verschiedensten Bereichen auferlegt hatte, konnte infolge zurückgehender Steuereinnahmen und wachsen-

der Kosten bei den Arbeitsämtern die Finanzierung nur noch durch ansteigende Verschuldung sicherstellen. Das Abrutschen in die Schuldenfalle war kein Problem allein der privaten Haushalte, sondern auch ein öffentliches. Es war ein Ausdruck des Strukturbruchs der siebziger Jahre, der ein Gemeinwesen erfasste, welches eben erst im dauerhaften, planbaren und stabilen Wohlstand angekommen zu sein glaubte.²⁷

Als die Maschinenwelt des montanindustriellen Zeitalters allmählich unterging und die Masse der Arbeiter nicht mehr gebraucht wurde, veränderte sich die Alltagskultur tiefgreifend. Der »Malocher« als Zechen- oder Hüttenwerker, als Werft- oder Spinnereiarbeiter verschwand aus dem Straßenbild. Der technisch höher qualifizierte Arbeitnehmer mit differenzierter Berufsausbildung trat an die Stelle des bisherigen Industriearbeiters. Die automatisierte Produktion der zukunftsweisenden Industrien erforderte Arbeitskräfte mit einem anderen, besseren schulischen Wissen und bevorzugte Menschen in jugendlichem Alter. Mit dem Wegfall des traditionellen Arbeitsplatzes der Industriearbeiter zerfiel auch der kulturelle Fundus von Arbeiterkultur. Im traditionellen Bereich industrieller Produktion waren Arbeitsplatz und Arbeitswelt räumlich fest verankert. Der kulturelle Zusammenhang des Lebens an ein und demselben Ort – wie Jürgen Reulecke es genannt hat: der Zusammenhang von Fabrik, Familie, Feierabend – hatte das Bewusstsein der Industriearbeiterschaft geformt. Es war durch Stetigkeit gekennzeichnet, die sich wie von selbst ergab, wenn der junge Ruhrgebietskumpel eine Familie gründete und eine Werkswohnung bezog, hinter der er ein kleines Stück Garten und einen Taubenschlag sein Eigen nennen konnte. In dieser Wohnung wuchsen die Kinder auf, von hier aus wurden die Lebenskreise aller Familienmitglieder gezogen. Bis zur Rente, oft gar bis zum Tod des Ehepartners blieb in diesem Umfeld das Leben berechenbar und stabil. Hier waren der bescheidene Wohlstand der Wiederaufbauzeit und die ersten Früchte des Massenkonsums gewissermaßen geerdet.²⁸

Mit dem Weg in die Arbeitslosigkeit zerfiel solche Sicherheit, und das Gefühl, in stabilen Verhältnissen zu leben, verflüchtigte sich. Die Jungen, die Arbeit hatten und sich in die neue Arbeitswelt der automatisierten Produktion einpassten, verließen die statische Welt der Altvorderen nicht ungern. Sie stellten sich dem neuen Erfordernis von Mobilität, sie zeigten räumliche und geistige Beweglichkeit. Je mehr sich seit 1980 und dann vor allem im Verlauf der neunziger Jahre die Arbeitsbedingungen unter dem Einfluss von digitaler Produktion, Netzwerkgesellschaft und Globalisierung immer mehr beschleunigten, wurden die individuellen wie sozialen Kosten der Mobilität deutlicher spürbar. Der heutige Arbeitnehmer in modernen Branchen, der mit gutem Monatseinkommen, teurem Firmen-PKW und den Privilegien des schnellen Reisens durch alle Kontinente von seinem Arbeitgeber heute in Köln, morgen in Brüssel, im nächsten Jahr in Delhi und danach vielleicht in Passau eingesetzt wird, kann die lebensweltliche Stabilität des montanindustriellen Zeitalters nicht mehr erfahren. Er wird beruflich, privat und partnerschaftlich zum Einzelgänger. Trotz hohen Verdienstes, trotz Wohlstand und großer Spielräume in der Konsumwelt ist sein Leben nicht an einem Ort, in einer Wohnung geerdet. Das Phänomen der Beschleunigung,

welches die Soziologie seit den neunziger Jahren verstärkt untersucht und das mit der psychischen Belastung des Einzelnen durch anhaltende, immer wieder erneuerte Zukunftsgewissheit verkoppelt ist, haben wir als ein wichtiges Resultat des industriegesellschaftlichen Wandels seit dem Strukturbruch der siebziger Jahre zu betrachten.²⁹ Wir kommen darauf gleich anschließend zurück.

Zuvor allerdings gilt es, einen weiteren Aspekt des Wandels in den siebziger Jahren kurz in die Überlegungen einzubeziehen, der die bisher skizzierte Entwicklung teils begleitet, teils ermöglicht hat. Nicht nur der Ölpreisschock des Jahres 1973, nicht nur der Zusammenbruch zahlreicher Firmen und Industriewerke, nicht nur der Rückgang der Konjunktur und Stagflation schränkten den Spielraum der öffentlichen Hand ein. Vielmehr wirkten die Rahmenbedingungen der internationalen Politik so auf die nationalen Regierungen ein, dass sich die Funktion des Staates veränderte. Denn die Stabilität im Nachkriegsboom war nicht zuletzt dadurch ermöglicht worden, dass auch die staatlichen – nationalen wie internationalen – Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Regierung Stabilität aufwiesen. Der Ost-West-Konflikt schuf einen festen Rahmen, innerhalb dessen sich politisches und unternehmerisches Handeln entfalten konnte. Das war »der Westen«, der vom US-Dollar im System von Bretton Woods wirtschaftlich fest gefügt, vom westlichen Militärbündnis der NATO und vom westeuropäischen Zusammenschluss der EWG integrativ verzahnte Raum. Seine Festigkeit bezog er letztlich aus der – realen oder beschworenen – Bedrohung durch »den Osten«.

Seit der Machtkonflikt der Blockvormächte USA und UdSSR 1962 im Zuge der internationalen Doppelkrise um Berlin und Kuba beinahe zum Atomkrieg geführt hatte, begannen die Bemühungen um Entspannung und militärische Abrüstung. Der SALT I-Vertrag zur Begrenzung strategischer Waffen wurde im Mai 1972 unterzeichnet, als in der Bundesrepublik die Ost- und Deutschlandpolitik die Gemüter bewegte und die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) die Arbeit aufnahm und 1975 in Helsinki die Entspannung zum wirtschaftlichen und kulturellen Programm der europäischen Regierungen machte. Anders gesagt, zwischen 1969 – dem Beginn der SALT I-Verhandlungen – und 1975 – der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte in Helsinki – veränderte die Entspannungspolitik den starren Rahmen des Staatensystems fundamental. Hier begannen sich die Spielräume der Unternehmenspolitik und der staatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik auszuweiten, der feste Bezugsrahmen aus dem Kalten Krieg wurde flexibel. Wir beobachten in diesem Jahrzehnt mithin auch auf der Ebene der Sicherheits- und Außenpolitik Veränderungen, die das Ende der Nachkriegszeit signalisierten und Hoffnungen auf eine planbare und letztlich konvergente Industriegesellschaft verstärkten. Erst gegen Ende des Jahrzehnts baute sich gleichzeitig mit der zweiten Ölkrise eine neue Konfrontation des »zweiten Kalten Krieges« auf, die die ökonomische Krisenstimmung verschärfte. Das dürfte auf die Zeitstimmung und die öffentliche Meinung in den westeuropäischen Ländern eingewirkt und die widersprüchlichen Empfindungen verstärkt haben.

2. Nach dem Boom: Neue Tendenzen

Welche neuen Tendenzen³⁰ zeichneten sich nun in der Gesellschaft der siebziger Jahre bereits ab, die in den folgenden Jahren bestimmend wurden? In der überhitzten Konjunktur der sechziger Jahre vor dem Einbruch von 1967 und im Zuge einer Wirtschaftspolitik, die sich seit 1966 Globalsteuerung und Planung parteienübergreifend auf die Fahnen geschrieben hatte, bauten sich Gegenbewegungen auf, die zeitgenössisch bald als Neue Soziale Bewegungen bezeichnet wurden.³¹ Natur- und Umweltschutzbewegung,³² der Protest gegen den »Atom-Staat«,³³ die wachsende Aversion gegen den Verkehrswege- und Städtebau, der den Menschen verplante und dem Individuum keinen Raum für seine Träume ließ,³⁴ riefen weitverzweigte Proteste hervor, die sich in Bürgerinitiativen und vielfältigen anderen Gruppierungen Gehör zu verschaffen versuchten.³⁵ Sie verbanden sich nicht selten mit dem politischen Protest in den Zirkeln der Studentenbewegung, die seit der Auflösung des SDS 1970 in unterschiedliche dogmatische Strömungen zerfallen war.³⁶ Im Verlauf der siebziger Jahre bündelte sich das in einer neuen – sowohl politischen als auch sozialen – Bewegung, aus der 1980 die Bundespartei der Grünen hervorging.³⁷ Dieser Entwicklungsstrang hat sich in der Geschichte der letzten dreieinhalb bis vier Jahrzehnte innergesellschaftlich wie international derart stark verfestigt, dass er heute zum allgemein bewussten, etablierten politischen wie soziokulturellen Sachverhalt geworden ist, der eine ganz erhebliche ökonomische Bedeutung gewonnen hat. Natur- und Umweltschutz, Neue Soziale Bewegungen und die Konsolidierung einer wachstums- und modernisierungsskeptischen Protestkultur im politischen Raum brachten gleichwohl bloß bestimmte Erscheinungsformen von Umbruch ans Tageslicht, während Unterströmungen bislang wenig beachtet wurden.

Die entstehende Protestbewegung der späten sechziger Jahre, die sich in der Studentenbewegung überwiegend politisch artikulierte und mit der ätzenden Kritik an Konsum und »Establishment« sowohl die Gesellschaft im »schwitzenden Idyll« der sechziger Jahre als auch »die Keynesianer als regierende Partei« angriff,³⁸ erwies sich als nicht stark und nicht willens genug, um den Erscheinungsformen des steigenden Wohlstands und der Ausweitung der Konsumgesellschaft Einhalt zu gebieten. Stattdessen brachten die Neuen Sozialen Bewegungen im Verlauf der siebziger Jahre eine alternative Konsumentenkultur hervor, die heute zu einem Wirtschaftsfaktor mit erheblicher eigener Bedeutung geworden ist. Im Kulminationspunkt des Booms um die Mitte der sechziger Jahre war der Konsum zu einem Bestandteil des Alltags geworden, die Möglichkeiten von Konsum und Freizeit erweiterten sich seither parallel zum Rückgang der alten Arbeitswelt und der knapperen Einkünfte all derer, die in die Arbeitslosigkeit gerieten. Auch im Zeichen des Strukturwandels wuchsen die Konsumausgaben der privaten Haushalte an.

Die zahlreichen, meist jüngeren Menschen, die aus der Studentenbewegung kamen oder sich sonst wie den Neuen Sozialen Bewegungen zugehörig fühlten, vollzogen diese Entwicklung mit, aber sie veränderten sie zugleich. Während

in den sechziger und frühen siebziger Jahren ein noch weitgehend konformistischer Massenkonsum von Standardwaren das Kennzeichen der Konsumgesellschaft gewesen war, entstanden seit den späten siebziger Jahren zahlreiche alternative Konsumstile, die rückgebunden waren an die mit den Neuen Sozialen Bewegungen aufkommenden alternativen Lebensstile. Warenangebot und Konsumpraxis wurden vielfältiger, der Markt vereinnahmte die Protestbewegung. Die konforme Konsumgesellschaft der Boomphase veränderte sich in die individualisierte Konsumentengesellschaft.³⁹ Darin breitete sich die alternative Konsumkultur aus, die verschiedene Einflüsse in sich vereinte – neben der Protestbewegung auch die Tradition der Lebensreformbewegung aus dem ersten Drittel des 20. Jahrhunderts und die Interessen der neuen Natur- und Umweltschutzbewegung. Damit hielt auch die Konsumentenschelte Einzug in die Konsumgesellschaft, und deren Kritik am Massenkonsum zog eine Moralisierung von Konsum nach sich. Die Ware selbst, ostentativ umhergetragen im ökologisch korrekten Jutebeutel, wurde so zum Ausweis einer trendkonformen Moral. Die Warenproduktion folgte dem auf dem Fuß und erschloss neue Märkte, die den ökologischen und politökonomischen Standards entsprachen.

Die Voraussetzung dafür, dass sich die Konsumentengesellschaft herausbildete, bestand in der Ausweitung staatlicher Leistungen für breite Teile der Gesellschaft just zu der Zeit, da die strukturellen Voraussetzungen für eine erhöhte Leistungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte wegbrachen und die finanzielle Belastung drastisch zunahm. Seit dem Ende der siebziger Jahre überforderten steigende Arbeitslosigkeit und vielfältig erweiterte Konsumerwartung die Leistungsfähigkeit des Wohlfahrtsstaats. Doch die Standards der Konsumgesellschaft aus den sechziger Jahren wollten und sollten für die Mehrheit der Bevölkerung erhalten bleiben. Der Massentourismus kann hier als das markanteste Beispiel dienen. Denn der Ölpreisschock vom Spätherbst 1973 und die Verteuerung von Energie und Treibstoff seit 1974 zogen nur einen kurzen Einbruch nach sich, und danach fuhren die Leute sogar häufiger und weiter in den Urlaub als je zuvor. Am Ende des Booms hatten sich die wohlfahrtsstaatlichen und die konsumorientierten Verhaltensweisen gerade erst gefestigt, sie beeinflussten seit kurzem die Mentalität der Gesellschaft bis in die Regierungspolitik hinein, und daraus ergaben sich nun Ansprüche, die seit 1975/80 mit den materiellen Bedingungen des Gemeinwesens nicht mehr übereinstimmten.⁴⁰

Im Zusammenwirken mit dem politischen Idealismus, der alles als planbar einschätzte und die Globalsteuerung als den Stein der Weisen in einer modernen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik betrachtete, hatten die Reformen seit den mittleren sechziger Jahren auf dem Feld von Bildung, Wissenschaft und Rechtswesen eine Pluralisierung und Individualisierung der Wohlstandsgesellschaft gefördert, welche die Studentenbewegung und dann die Neuen Sozialen Bewegungen noch intensivierten. Daraus erwachsen nicht nur die politisch akzentuierte Differenzierung zwischen Jugend- und studentischer Protestkultur einerseits und den Verhaltensstilen der älteren Jahrgänge im »Establishment« andererseits, sondern auch Veränderungen in der Geschlechterordnung. Diese wiederum verzahnten sich mit wissenschaftlich-technischen Innovationen im

medizinischen, pharmazeutischen oder psychosomatischen Feld, sodass hier ein Wandel einsetzte, der in sich selbst einen Strukturbruch angesichts der vergleichsweise starren Form der Geschlechter- und Familienordnung in der Nachkriegszeit darstellte. Das eigene Leben wurde als frei gestaltbar, der eigene Körper als manipulierbar eingestuft.⁴¹

Die seit den sechziger Jahren erstarkende Frauenbewegung stellte vor diesem Hintergrund die etablierte Geschlechterordnung mit ihren fixen Rollen- und den ebenso fixen Körperbildern in Frage. Die patriarchalische Familienstruktur kannte den Ehemann als Alleinverdiener, die Ehefrau als Mutter und Hausfrau, und zween brave Kinder, von denen der Junge in eine Ausbildung eintrat, welche den sozialen Aufstieg ermöglichen sollte, während das Mädchen eher auf frühe Heirat und Fortsetzung des Familienmodells hin erzogen wurde. Die etablierte Geschlechterordnung wurde als eine Funktion dieser patriarchalischen Struktur gesehen. Der Frauenbewegung ging es darum, die fixen Ordnungen aufzulösen. Neben die Forderung nach rechtlicher, politischer und gesellschaftlicher Gleichstellung von Mann und Frau trat die Auffassung, dass Körperlichkeit nicht zuletzt kulturell bedingt und deshalb auch veränderbar sei. Mehr noch als das Gleichstellungspostulat, welches an die Emanzipationsforderung der Frauen gebunden blieb, hat die Behauptung von der Veränderbarkeit des Körpers rasch beide Geschlechter gleichermaßen erfasst. Im Sport lösten sich ab den siebziger Jahren die Unterschiede zwischen geschlechtstypischen Sportarten auf, und Bilder von Fußball bolzenden Jungen im Wohnquartier neben seilchenspringenden Mädchen gehörten bald der Vergangenheit an. Trimm-dich-Bewegung, der Skiurlaub und andere Formen von Fitness und Sport als Bestandteil der Konsum- und Freizeitgesellschaft wurden zu Veranstaltungen für Angehörige der jüngeren Altersgruppen ohne Ansehen ihres Geschlechts. In den achtziger Jahren verstärkte sich die Relativierung geschlechtsspezifischer Körperbilder, zuerst wiederum in der Waren- und Werbewelt, wo nach dem »Partnerlook« als Kleidungsstil alsbald eine Androgynisierung der Figuren von der Parfum- bis zur Sportartikelwerbung zu beobachten war.⁴²

Das stand in einem dialektischen Bezug zur Individualisierung der Lebensstile bei beiden Geschlechtern, die eben nicht nur den Unterschied der Lebensformen auf dem Land, in der Provinzstadt oder der Großstadt betraf. Vielmehr veränderten sich die Auffassungen von dem, was der einzelne Mensch – ob Frau, ob Mann – sei, was ihn ausmache, ihm zustehe und was Partner oder Partnerin zu leisten hätten. Die Rechtsprechung seit den ersten Reformen in der Zeit der Großen Koalition stellte die Frauen in der Ehe noch vor dem Hintergrund des alten, starren Bildes der patriarchalischen Familie jetzt auf eine gleichberechtigte Stufe mit den Männern. Gleichwohl waren Gesetzgebung und Rechtsprechung der siebziger und achtziger Jahre noch dergestalt vom traditionellen Familienmodell geprägt, dass im Falle des Scheiterns die Ehefrau auch dann unterhaltsberechtigter war, wenn sie die Scheidung angestrebt hatte und durch eigene Berufsqualifikation grundsätzlich in der Lage war, für sich selbst zu sorgen. Das Kulturmuster der Frau als Hausfrau und Mutter steuerte indes noch die Rechtsprechung, bis erst im Jahr 2007 eine Frau als Justizministerin die Gleichstellung zur Rechtsnorm

machte, indem im neuen Familienrecht seither jeder für sich selbst zu sorgen hat, wenn die Ehe in die Brüche geht. Individualisierung als Gleichstellung war eine der langfristigen neuen Tendenzen, die aus den sechziger Jahren herkam, in den Siebzigern die Reform der Rechtsprechung, das Aufblühen des Feminismus und auch den Wandel in den familiären Erziehungsstilen ermöglichte, bevor sie Verhaltensstile zu beeinflussen begann, die seit der Wende zum 21. Jahrhundert dann manifest geworden waren.⁴³

Individualisierung und Pluralisierung in der Konsumentengesellschaft verschmolzen seit den achtziger Jahren mit den veränderten Anforderungen des Arbeitslebens, nachdem der Strukturbruch im Industriesystem den alten Typ des Industriearbeiters rabiab beseitigt und im Wandel der Produktionsregime einen neuen Typ des technisch bestens geschulten, hoch trainierten, flexiblen, allzeit jungen, immer leistungsfähigen und überall einsetzbaren Arbeitnehmers hervorgebracht hatte. Wir sind diesem Typ, der zwischen Köln, Brüssel, Delhi und Passau hin und her getrieben ist, weiter oben schon begegnet. Er bildete sich im Zuge dieser soziokulturellen Entwicklung auf der Grundlage materieller Veränderungen in der Industrieproduktion heraus. Der Mikrochip als Rohstoff der neuen Industrie löste Kohle, Eisen und Öl als die Rohstoffe des alten Produktionsregimes ab. Er ermöglichte die Flexibilisierung der Produktion, weil die Energie nicht mehr per Bahn oder Schiff mühevoll an einen festen Produktionsstandort geschafft werden musste, sondern als elektrischer Strom überall hingeleitet werden konnte und Firmenansiedlung wie auch Standortwechsel nach den Kriterien möglicher Effizienz und knappster Kosten erlaubte.

Das, was man später »Globalisierung« zu nennen sich anschickte, bedurfte indes nicht nur des Mikrochips als Rohstoff, sondern auch des möglichst weitgehend aus seinen sozialen Bindungen herausgelösten Individuums als Arbeitsbiene. Die gesellschaftliche Entwicklung seit den siebziger Jahren stellte der aus dem starren Rahmen der nationalstaatlichen und West- oder Ostblock-spezifischen Begrenzung herausgelösten Wirtschaft das benötigte Personal zur Verfügung. Es wäre falsch, »der Globalisierung« die Schuld für manches menschliche Elend infolge der Arbeitsbedingungen im neuen Produktionsregime nach dem Boom zuzuweisen, aber es ist ebenso falsch, die gesellschaftliche Individualisierung und die Emanzipation des einzelnen Menschen aus den familiären und sozial stationären Bindungen der alten Arbeitswelt dafür verantwortlich zu machen. Beides ergänzte sich, beides hat seine Anfänge in den siebziger Jahren und harrt im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts einer Lösung.⁴⁴

Mit den Stichworten Individualisierung, Pluralisierung und Flexibilisierung fassen wir eine Transformation der Gesellschaft nach dem großen Boom, die aus sich heraus neue Anforderungen, eine neue Dynamik und veränderte Erwartungen im Rahmen der Alltagskultur und der privaten Lebensführung hervorbrachte. Wir beobachten zum einen das Phänomen der »Beschleunigung«, dem sich die Soziologie und Sozialpsychologie verstärkt zuwendet.⁴⁵ Wir beobachten zum andern eine dynamische Suche nach Sinn in den veränderten Erwartungshorizonten einer sozialen Wirklichkeit. Der relativ starre, aber stabile Rahmen einer traditionellen Lebensform war entfallen, die in den Nationalstaat einge-

bunden, vom Lebensvollzug der Industriegesellschaft bestimmt und von den christlichen Kirchen mit Sinn erfüllt wurde, soweit man ihrer als fürsorglicher Institution von der Wiege bis zur Bahre bedurfte.

Der Ort der siebziger Jahre in diesem Prozess kultureller Transformation bedarf der näheren Bestimmung. Seit dem Ende der sechziger Jahre und der einsetzenden Wirtschaftskrise nach dem Ölchock galt die Zukunft immer weniger als planbar und berechenbar. Die Vision, alles und jedes in Wirtschaft und Gesellschaft durch »Globalsteuerung« planerisch beherrschen zu können, zerfiel. Die Rückwirkungen in den privaten Bereich, auf das Leben jedes Einzelnen waren umso tiefer, als infolge der innergesellschaftlichen Reformdynamik die verbürgten Gewissheiten der traditionellen Arbeitswelt mit ihrer starren Ordnung gerade beiseite geräumt wurden. Das immerhin geschah noch im sicheren Vertrauen auf die Verlässlichkeit »des Staats« und seiner kybernetischen Kompetenz, die Richtung des Gemeinwesens sicher vorherzubestimmen. Als dieses Vertrauen seit 1975 enttäuscht wurde, weil die Regierungspolitik den »Abschied von der Globalsteuerung« erklären musste,⁴⁶ erwies sich die Zukunft offen, unklar, unberechenbar. Den Alltag der Arbeitsgesellschaft in den Nachkriegsjahrzehnten bis 1970/75 hatte die Gewissheit bestimmt, dass die Gegenwart von den Bedingungen des Arbeitslebens geprägt sein würde, so lange dieses Arbeitsleben eben anhielt. Der Gleichklang von »Fabrik, Familie, Feierabend« im Leben des Industriearbeiters,⁴⁷ von dem wir schon sprachen, mochte als eintönig, eng, ja starr empfunden werden, aber er erlaubte ein klares Bild von der Zukunft – anders gesagt, er dehnte die Gegenwart bis zum Horizont des Arbeitslebens aus, indem die Menschen wissen konnten, was sie hinsichtlich Arbeit, Einkommen und Auskommen erwartete, sofern alle gesund blieben.

Im Zuge der Lockerung dieser starren Bindungen, die teils intendiert wurden als Reform in den unterschiedlichsten Bereichen und teils unintendiert die Folge des Strukturbruchs im Industriesystem waren, verloren die bisherigen Orientierungsmuster an Verbindlichkeit. Je stärker sich die Wirkungen des Strukturbruchs in der kollektiven Wahrnehmung als Irritation oder gar Sinnverlust bemerkbar machten, desto mehr war zu spüren, dass die gewohnten Ordnungen keinen sicheren Halt mehr bieten konnten, und umgekehrt: dass der Halt, den sie boten, nicht mehr gebraucht oder gewünscht wurde. Der Rückgang des Kirchenbesuchs und der Einflussverlust der Kirchen als moralische Instanzen hingen damit zusammen, denn die Kirchen waren in einen institutionellen Rahmen eingebunden, der sie in der beginnenden Atmosphäre kultureller und struktureller Verflüssigung nur fesseln musste. In den siebziger Jahren begann sich ein Empfinden auszubreiten, welches sich in den Achtzigern verstärkte und in den Neunzigern zu einer kulturpessimistischen Dimension anwuchs. Dieses Empfinden nahm die Gegenwart als immer flüchtiger wahr und spürte die Gewissheiten des Arbeits- und Familienlebens schwinden. Die Gegenwart ließ sich nicht länger als fraglos verbürgter Zustand von überschaubarer Dauer begreifen, sondern schnurrte zusammen zu einer nur kurz überschaubaren Zeit, hinter der die Zukunftsperspektiven immer wieder neu konzipiert werden mussten.⁴⁸

Daraus entstand im Verlauf von den späten siebziger zu den späten neunziger Jahren ein anderes Verhältnis zur Zeit. Einerseits nahm die Neigung zu nostalgischer Rückwendung zu und verschmolz mit utopischen oder apokalyptischen Vorstellungen. Andererseits ermöglichte die Aussicht auf neue, von Gewohnheit und Überlieferung unbelastete Lebensentwürfe in einer grenzenlos offenen Welt auch Erwartungen an die Zukunft, die voller Enthusiasmus waren. In dieser Situation öffnete sich das Feld der religiösen Sinnsuche und führte zu ganz neuen Entwicklungen.⁴⁹ Die Suche nach Orientierung blieb überwiegend in kritischer Distanz zu den kirchlichen Institutionen und zum traditionellen Ritus bürgerlicher, familiengebundener Kirchlichkeit. Sie strebte vielmehr nach unmittelbarer, individueller Erfahrung von Transzendenz. Ein weites Spektrum neuer Spiritualität faltete sich auf, das vom Buddhismus und verschiedenen Formen der Meditation über christliche Mystik und New Age bis zur Esoterik reichte. Diese Konjunktur lässt sich rückschauend beim Übergang von den siebziger zu den achtziger Jahren bereits erkennen, aber sie verstärkte sich erst deutlich nach dem Durchschlagen der informationstechnischen Revolution auf den privaten Bereich. Hier wirkten dann die gänzlich neuen Erfahrungen, die vor allem mit dem Internet seit Mitte der neunziger Jahre die Raum- und Zeitbezüge neu definierten. Das Phänomen der Kommunikation rund um den Globus in Echtzeit löste den Tag- und Nachtunterschied und das Gefühl von Nähe und Ferne auf. Nunmehr begann zu verschwimmen, was real und was virtuell war. Auf der Suche nach Sinn irrlichtern die vielen entankerten Individuen durch den Cyberspace und hoffen auf Halt im Virtuellen.⁵⁰ Orthodoxie und religiöser Fundamentalismus in den Weltreligionen vom Christentum über das Judentum bis zum Islam bringen nicht zuletzt dieses zutiefst menschliche Bedürfnis zum Ausdruck: des Göttlichen zu bedürfen, um Halt zu finden.

3. Ausblick

Blicken wir zurück. Wir kommen nicht umhin, die siebziger Jahre als ein Jahrzehnt des besonders dynamischen Wandels zu betrachten, eines Wandels zu dem, dessen tiefgreifende Wirkungen bis über die Wende zum 21. Jahrhundert spürbar geblieben sind. Daraus ergibt sich die Frage, welche die Geschichtsforschung in der nächsten Zeit zu beantworten hat. Sie lautet: Standen und stehen die siebziger Jahre sowie die Entwicklung seither allein im Kontinuum der Nachkriegsentwicklung? Setzte sich nach dem Ende des Booms die Geschichte einfach fort, in dem Sinne etwa, dass zwar die Wirtschaft sich veränderte, zahlreiche Unternehmen zusammenbrachen, die Arbeitsbedingungen andere wurden und der Ostblock plötzlich verschwunden war – aber die grundlegenden Prämissen der Zeit seit 1945 weiterhin bestimmend blieben? Fortschritt, Modernisierung, Wachstum, freiheitliche Ordnung und demokratische Willensbildung, ein starker Staat, der »Sicherheit als Kultur«⁵¹ verbürgt? Vieles spricht dagegen.

Wir haben über die Hypothese zu diskutieren, ob und dass im Jahrzehnt von 1970 bis 1980 die industrielle Welt des 20. Jahrhunderts seit der Hochindustria-

lisierung zu Ende ging. Mit dieser industriellen Welt der Montanindustrie und der stationären Produktion in großen Fabriken nach dem fordistischen Paradigma, das seit den zwanziger/dreißiger Jahren zur Norm auf der Nordhalbkugel von den USA bis nach Ostmitteleuropa geworden war, ging auch die Industriekultur zu Ende, die daraus entstanden war. Die Normen wirtschaftlichen Handelns, politischer Praxis und sozialer Interaktion haben sich seit 1980 tiefgreifend verändert. Viele Prämissen noch aus den siebziger Jahren, die für Regierung, Unternehmen und Gewerkschaften sowie für die Gesellschaft galten, sind heute entfallen, neue Normen, Zwänge und Handlungsperspektiven sind entstanden. Solange wir die siebziger Jahre als ein Jahrzehnt im Kontinuum einer Geschichte seit 1945 betrachten, die zwar Schritt für Schritt Veränderungen aufweist, sich aber in der Spur fortbewegt, in die sie nach dem Zweiten Weltkrieg einschwenkte, werden wir diese Zeit von 1966/70 bis 1979/86 nur als Niedergang auffassen können und sie mit kulturpessimistischen Mustern der Interpretation konfrontieren. Erkennen wir jedoch in jenen Jahren den Anfang eines im Wortsinn revolutionären Umbruchs, werden wir schon die siebziger Jahre mit anderen Augen betrachten und die achtziger und neunziger erst recht. Viele Anzeichen der bisher nur erst lückenhaft erschlossenen Entwicklung sprechen dafür, mit der Hypothese zu arbeiten, dass wir im Übergang von den siebziger zu den achtziger Jahren in einen revolutionären Umbruch hineingeraten sind, der sich seit 1970 bereits anbahnte.

Anmerkungen

- 1 Dietrich Thränhardt, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt a. Main 1986; Thomas Ellwein, *Krisen und Reformen. Die Bundesrepublik seit den sechziger Jahren*, München 1989.
- 2 Anspielung auf den Untertitel der WZB/ZZF-Konferenz. Vgl. Konrad H. Jarausch, *Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945–1995*, München 2004; Edgar Wolfrum, *Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*, Stuttgart 2006.
- 3 Andreas Wirsching, *Abschied vom Provisorium 1982–1990*, München 2006.
- 4 Im System von Bretton Woods hatten die USA 1944 ein Welthandelssystem auf der Basis fester Wechselkurse bei freier Konvertierbarkeit der Währungen begründet. Es zerbrach, als der US-Dollar infolge des Vietnamkriegs zu schwach geworden war, um am festen Wechselkurs festzuhalten. Das führte bis 1975 zu einem anarchischen Zustand im internationalen Währungssystem, wo der Niedergang des Dollar und die stetige Geldentwertung einen verstärkten Druck auf die Rohölpreise erzeugten. Vgl. Harold James, Rambouillet, 15. November 1975. *Die Globalisierung der Wirtschaft*, München 1997.
- 5 Manuel Castells, *Das Informationszeitalter*, Bd. 1: *Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft*, Opladen 2001.
- 6 Anselm Doering-Manteuffel / Lutz Raphael, *Nach dem Boom. Epochenwandel in westeuropäischen Industriegesellschaften von 1970 bis zur Gegenwart. Konzeptpapier des gleichnamigen Forschungsverbands*, Tübingen/Trier 2007.
- 7 Ronald Inglehart, *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics*, Princeton 1977.
- 8 Michael J. Hogan, *The Marshall Plan. America, Britain, and the Reconstruction of Western Europe, 1947–1952*, Cambridge 1987; Charles S. Maier / Günter Bischof (Hg.), *The Marshall Plan and Germany. West German Development in the Framework of the European Recovery Program*, New York 1991.

- 9 Hartmut Kaelble (Hg.), *Der Boom 1948–1973. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und in Westeuropa*, Opladen 1992.
- 10 Julia Angster, *Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB*, München 2003.
- 11 Anselm Doering-Manteuffel, *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999.
- 12 Steve Fraser / Gary Gerstle (Hg.), *The Rise and Fall of the New Deal Order, 1930–1980*, Princeton 1989.
- 13 Angster, *Konsenskapitalismus*; Klaus Schönhoven, *Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966–1969*, Bonn 2004; Tim Schanetzky, *Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik von 1966 bis 1982*, Berlin 2007.
- 14 Wolfgang König, *Geschichte der Konsumgesellschaft*, Stuttgart 2000; Victoria de Grazia, *Irresistible Empire. America's Advance through Twentieth-Century Europe*, Cambridge 2005.
- 15 Detlef Siegfried, *Time Is on my Side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre*, Göttingen 2006; Wolfgang Kraushaar, *Achtundsechzig. Eine Bilanz*, Berlin 2008.
- 16 Schanetzky, *Ernüchterung*; Schönhoven, *Wendejahre*.
- 17 Hans Günter Hockerts, *Metamorphosen des Wohlfahrtsstaats*, in: Martin Broszat (Hg.), *Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte*, München 1990, S. 35–45, hier 39.
- 18 Alfons Kenkmann, *Von der bundesdeutschen »Bildungsmisere« zur Bildungsreform in den 60er Jahren*, in: Axel Schildt u. a. (Hg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000, S. 402–423; Christoph Führ / Carl-Ludwig Furck (Hg.), *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte*, Bd. 6: 1945 bis zur Gegenwart, T. 1: Bundesrepublik Deutschland, München 1998.
- 19 Vgl. Hans Günter Hockerts (Hg.), *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Bd. 5: Bundesrepublik Deutschland 1966–1974. Eine Zeit vielfältigen Aufbruchs, Baden-Baden 2006. Wichtig insbes.: ders., *Rahmenbedingungen: Das Profil der Reformära*, in: ebd., S. 1–155.
- 20 Gabriele Metzler, *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft*, Paderborn 2005.
- 21 Anthony Sutcliffe, *An Economic and Social History of Western Europe since 1945*, London 1996; Colin Crouch, *Social Change in Western Europe*, Oxford 1999.
- 22 Vgl. Schanetzky, *Ernüchterung*.
- 23 Rainer Schulze, *Industrieregionen im Umbruch. Historische Voraussetzungen und Verlaufsmuster des regionalen Strukturwandels im europäischen Vergleich*, Essen 1993.
- 24 Stephan Lindner, *Den Faden verloren. Die westdeutsche und französische Textilindustrie auf dem Rückzug (1930/45–1990)*, München 2001.
- 25 Vgl. etwa Dietmar Süß, *Kumpel und Genossen. Arbeiterschaft und Sozialdemokratie in der bayrischen Montanindustrie*, München 2003.
- 26 Hannes Siegrist (Hg.), *Europäische Konsumgeschichte. Zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des Konsums*, Frankfurt a. Main 1997; König, *Konsumgesellschaft*; Gerhard Schulze, *Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart*, Frankfurt a. Main 1992.
- 27 Hockerts, *Rahmenbedingungen*.
- 28 Wolfgang Hindrichs u. a., *Der lange Abschied vom Malocher*, Essen 2000; Jürgen Reulecke (Hg.), *Fabrik, Familie, Feierabend. Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter*, Wuppertal 1978.
- 29 Hartmut Rosa, *Beschleunigung. Die Veränderungen der Zeitstrukturen in der Moderne*, Frankfurt a. Main 2005.
- 30 Die folgenden Skizzen beschreiben im Umriss das Forschungsvorhaben: Anselm Doering-Manteuffel / Lutz Raphael, *Nach dem Boom. Epochenwandel in westeuropäischen Industriegesellschaften von 1970 bis zur Gegenwart. Thesen und Perspektiven können naturgemäß nur vorläufig sein*.
- 31 Vgl. Dieter Rucht, *Planung und Partizipation. Bürgerinitiativen als Reaktion und Herausforderung politisch-administrativer Planung*, München 1982; ders., *Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich*, Frankfurt a. Main 1994.
- 32 Franz-Josef Brüggemeier / Jens Ivo Engels (Hg.), *Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen*, Frankfurt a. Main 2005.

- 33 Thomas Dannenbaum, »Atom-Staat« oder »Unregierbarkeit«? Wahrnehmungsmuster im westdeutschen Atomkonflikt der siebziger Jahre, in: Brüggemeier / Engels, Natur- und Umweltschutz, S. 268–286.
- 34 Tilman Harlander, Wohnen und Stadtentwicklung in der Bundesrepublik, in: Ingeborg Flagge (Hg.), Geschichte des Wohnens, Bd. 5: 1945 bis heute. Aufbau-Neubau-Umbau, Stuttgart 1999, S. 233–417.
- 35 Jens Ivo Engels, Naturpolitik in der Bundesrepublik. Ideenwelt und politische Verhaltensstile in Naturschutz und Umweltbewegung 1950–1980, Paderborn 2006.
- 36 Gerd Koenen, Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977, Frankfurt a. Main 2002.
- 37 Silke Mende, Dissertationsprojekt über Ziele und Weltbilder der »Gründungsgrünen«, Tübingen.
- 38 Hermann Glaser, Die Kulturgeschichte der Bundesrepublik, Bd. 2: Zwischen Grundgesetz und Großer Koalition 1949–1967; Frankfurt a. Main 1990; Schanetzky, Ernüchterung, S. 56.
- 39 Lutz Raphael, Konsum, Konsumgesellschaft, Konsumentengesellschaft, in: Doering-Manteuffel / ders., Nach dem Boom, S. 8 ff.
- 40 König, Konsumgesellschaft; Gerhard Schulze, Erlebnisgesellschaft; Hasso Spode (Hg.), Goldstrand und Teutonenrill. Kultur- und Sozialgeschichte des Tourismus in Deutschland 1945–1989, Berlin 1996.
- 41 Sven Körner, Der Körper, sein »Boom«, die Theorie(n). Anthropologische Dimensionen zeitgenössischer Körperkonjunktur, Berlin 2002.
- 42 Susan K. Cahn, Coming on Strong. Gender and Sexuality in 20th Century Women's Sport, New York 1994; Leslie Heywood / Jennifer Drake (Hg.), Third Wave Agenda. Being Feminist, Doing Feminism, Minneapolis 1997; Barbara Orland (Hg.), Artificielle Körper – lebendige Technik. Technische Modellierung des Körpers in historischer Perspektive, Zürich 2005.
- 43 Vgl. Andreas Wirsching, Abschied vom Provisorium 1982–1990, München 2006, S. 318–328.
- 44 Volker Bornschie, Westliche Gesellschaft – Aufbau und Wandel, Zürich 1998.
- 45 Rosa, Beschleunigung.
- 46 Schanetzky, Die große Ernüchterung, S. 233 ff.
- 47 Reulecke, Fabrik, Familie, Feierabend.
- 48 Zygmunt Bauman, The Individualized Society, Cambridge 2001.
- 49 Friedrich Wilhelm Graf, Die Wiederkehr der Götter. Religion in der modernen Kultur, München 2004; Paul Heelas u. a. (Hg.), Religion, Modernity, and Postmodernity, Oxford 1998.
- 50 Fred Turner, From Counterculture to Cyberculture: Stewart Brand, the Whole Earth Network, and the Rise of Digital Utopianism, Chicago 2006; Castells, Das Informationszeitalter, Bd. 1: Netzwerkgesellschaft, Bd. 2: Die Macht der Identität, Opladen 2002.
- 51 Eckart Conze, Sicherheit als Kultur. Überlegungen zu einer »modernen Politikgeschichte« der Bundesrepublik Deutschland, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 53 (2005), S. 357–380.